



### Weltkindertag 2007

- ◆ Mehr Zeit und  
Zuwendung
- ◆ Familienpolitik im  
Eurodistrikt

### Verbraucherschutz

- ◆ Lebensmittelpreise  
steigen deutlich
- ◆ Internetverträge

### Aktuelles

- ◆ Landesverbandstag  
am 9. März 2008
- ◆ Datenschutz und  
Kundenkarten





## Editorial

*Liebe Leserin, lieber Leser,  
liebe Verbandsfamilien,*

*in wenigen Wochen wird wieder das „hohe Lied“ für die Ehrenamtlichen angestimmt und überall wird für diesen bürgerschaftlichen Einsatz geworben – so auch im DFV, wo dazu wieder ein Workshop veranstaltet wurde.*



*Zu den verschiedensten Bereichen der Familienpolitik fanden Veranstaltungen statt, über die berichtet wird. Über Verlautbarungen aus Wirtschaft und Politik informieren wir Sie ebenso in dieser Ausgabe, wie Sie auch die neuesten Zahlenwerte aus der Landesstatistik zu Schulen und zur aktuellen Bevölkerungsentwicklung sowie Prognosen der zur Lebenserwartung nachlesen können.*

*Zum Thema Verbraucherschutz haben wir Wissenswertes für das Wirtschaften mit den häuslichen Budgets zusammengetragen, um für die größte Verbrauchergruppe – die Familien nun einmal sind – wertvolle Hinweise und Tipps zu vermitteln. Es gilt auch auf mögliche Gefahren und Fallstricke im Wirtschaftsalltag hinzuweisen. Wie immer informieren wir Sie auch in dieser FN-Ausgabe wieder über neue Trends bei den Medien und im Geldverkehr.*

*Auf einen Hinweis auf die Wahlmöglichkeiten unserer Einzelmitglieder für den nächsten Landesverbandstag am 6. März 2008 in Kirchheim/Teck möchten wir alle Mitglieder gerne aufmerksam machen, die nicht Mitglied in einem DFV-Kreis-/Ortsverband sind.*

*In der nächsten Ausgabe wollen wir Ihnen dann die Aktivitäten im neuen Jahr und auch die Termine unserer Gliederungen vorstellen – weitere DFV-Nachrichten können Sie ständig im Internet unter [www.dfv-baden-wuerttemberg.de](http://www.dfv-baden-wuerttemberg.de) nachlesen.*

*Mit dem Motto:*

*... der Familie verpflichtet... D F V !*

*grüßt Sie alle recht herzlich*

*Uto R. Bonde  
Vorstandsvorsitzender Baden-Württemberg*

## Personelles

### Gedanken zum Internationalen Tag des Ehrenamtes

Seit einigen Jahren werden in vielen Gemeinden die Verdienste von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern öffentlich ausgezeichnet und gelobt.

Der 07. Dezember ist zum Internationalen Tag des Ehrenamtes (Volunteers Day) bestimmt worden. Das Sozialministerium Baden-Württemberg will ausgehend von 3.5 Millionen Aktive mit ehrenamtlichem Engagement, im Lande Baden-Württemberg eine Spitzenposition in Deutschland ermittelt haben, andere rechnen mit über 1.700.000 Bürgerinnen und Bürgern, die bürgerschaftlich engagiert sind – eine schier endlose Kette von Institutionen, Organisationen, Vereinen, Gesellschaften und Tausenden von Einzelnen nennt ein Bericht der Zukunftskommission Gesellschaft 2000 der Landesregierung Baden-Württemberg.

Zum Einsatz in Schule, Jugendarbeit, Kirche, Sport, Musik, Selbsthilfe, Altenclubs, Frauennetzwerken, der Feuerwehr, im Katastrophenschutz, in Ausländerbeiräten, in der Denkmalpflege, im Naturschutz, in Bachpatenschaften, in Brauchtumsgruppen, in den Kommunen zählt auch der Einsatz für Familien im Deutschen Familienverband.

### Was steht nun hinter diesen eindrucksvollen Zahlen dieses Engagements ?

Letztlich ein enormes Ausmaß an persönlicher Mühe, an Fürsorge, an Bereitschaft, füreinander da zu sein und dafür zu sorgen, dass diese Gesellschaft wenigstens so bleibt, wie sie ist, welches aller Ehren wert ist. Die Idee einer gerechten Gesellschaft können wir erst dann ganz verwirklichen, wenn wir die freiwillige und spontane Solidarität der Bürgerinnen und Bürger fördern und herausfordern.

Mitmenschlichkeit, Nächstenliebe und Solidarität sind unbezahlbare Werte.

Sie können weder durch Gesetz noch durch Verordnungen erzwungen werden. Sie müssen praktisch gelebt werden. Sie werden von den Vielen gelebt, die anderen das Wertvollste schenken, über das sie verfügen: ihre Zeit.

Es fragt sich aber mitunter auch der geschätzte Volunteer, „warum sich all diese Mühe machen, das bringe doch nur Arbeit und außerdem Ärger, denn es gibt ja auch unbequeme Sachen und nicht immer öffentlich ausgedrückten Dank dafür“.

Die Antwort ist einfach: dass während meines Erwachsenenlebens Frieden, Freiheit und keine lebensbedrohliche Angst in der Familie und darum herum herrschte. Das ist eine enorme, eine geschichtliche Leistung der Gesellschaft, in der ich das Glück habe, mein Leben zu leben. Dafür bin ich sehr dankbar.

Und wie könnte man Dankbarkeit besser bekunden als dadurch, dass man für die Menschen dieser Gesellschaft etwas tut – in der Hoffnung, dass sie wenigstens so bleibt, wie sie ist oder, mit etwas Glück und Ausdauer, sogar ein wenig besser und gerechter wird; es braucht dazu aber auch engagierte, überzeugte Mitstreiter !

Uto R. Bonde



Ankündigung der DFV-Vorstandssitzung im "Teckbote"

## Workshop des DFV in Donaueschingen

### Familien sollen sich politisch stärker „einmischen“

Bei einem Arbeitsseminar des Landesvorstandes mit den Vorsitzenden der Kreis-/Ortsverbände stand die Gestaltung der künftigen Verbandsarbeit zur Diskussion.

Als Schwerpunkte wurden dazu behandelt: Maßnahmen zur Familienbildung und mehr öffentliche Informationsveranstaltungen (mit sachkompetenten Referenten aus einer neu erstellten Kompetenzliste).



### Schwerpunktthema im kommenden Jahr ist die Familienbildung.

Die Landesregierung bietet demnächst Bildungsgutscheine à 30 Euro an, die junge Familien nutzen sollen, um an Veranstaltungen zur Familienbildung teilzunehmen. Der DFV berät dazu alle Interessierten und macht an einigen Orten auch Angebote. Diese Bildungsangebote ergänzen auch die Bestrebungen des DFV-Bundesverbandes zur Stärkung der bundesweiten Elternkompetenz.

Neben dem verbandseigenen DFV-Bildungsprogramm stehen noch weitere Themenbereiche auf der Wunschliste, die von den Verbandsgliederungen formuliert worden sind: u.a. ist dies das Generationen übergreifende Wohnen, das immer mehr Freunde gewinnt, weil sich mit guten Ideen für junge Familien, wie auch für ältere Paare und alleinstehende Senioren ein attraktives soziales Miteinander entwickeln kann.

Weiter ausgebaut wird das Angebot fachkompetenter Referenten für DFV-Veranstaltungen eine Kompetenzliste soll bei der Landesgeschäftsstelle abrufbar sein (hierzu sind die DFV-Gliederungen um Nennung von geeigneten und kompetenten Personen gebeten, die entsprechende Veranstaltungen thematisch bestreiten können/wollen).

Auch der verbandsinterne Austausch von Informationen soll künftig intensiver gestaltet wer-

den – auch hier kommt es auf die aktive Mitwirkung der Vorstandschaften aus Kreis-/Ortsverbänden an. Das Verbandsorgan „Familiennachrichten“ bietet eine der nutzbaren Möglichkeiten, über die sehr unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen DFV-Gliederungen vor Ort und in Landkreisen zu berichten, wie z.B. große Kleidertauschaktion, Altstadtfest mit großem Kinderflohmarkt (Radolfzell), Zusammenarbeit mit Lokalpolitikern, Feste und Vortragsveranstaltungen und vieles andere mehr.

Aktuelle Informationen auf Bundesebene sind als aktuelle Stellungnahmen vom DFV-Bundesverband zu tagespolitischen Themen abrufbar – das Internet ist dazu eine aktuelle Basis: [www.deutscher-familienverband.de](http://www.deutscher-familienverband.de) und [www.dfv-baden-wuerttemberg.de](http://www.dfv-baden-wuerttemberg.de). Gefordert sind Newsletter zu familienpolitischen Themen, die bereits vom neuen Bundesgeschäftsführer, Siegfried Stresing, veranlasst wurden.

Der DFV-Landesvorsitzende, Uto R. Bonde, zog dazu ein positives Fazit. Der DFV braucht:

- ständigen Meinungsaustausch (mindestens einen Workshop aller Vorsitzenden),
- die kooperative Zusammenarbeit aller DFV-Gliederungen
- und die gegenseitige Information (auch einmal über ein anstehendes Jubiläum) und einen bundesweiten Familienverbands-Ausweis (Antrag wird zum nächsten Bundesverbandstag 2008 gestellt).

### Anmerkung zum LVT 2008

#### Delegiertenwahl für unsere Einzelmitglieder

Der nächste Wahl-Landesverbandstag findet am 9. März 2008 statt; dort steht die Wahl des Landesvorstandes durch die Delegierten an.

Alle Einzelmitglieder, also jene Mitgliedsfamilien, die nicht einem Orts- oder Kreisverband zugehören, wählen in einem gesonderten Wahlgang – per Briefwahl – ihre beiden Delegierten und Ersatzdelegierten bis spätestens Ende Januar 08. Wer sich als Delegierter zur Verfügung stellt, kann sich direkt bei der Landesgeschäftsstelle melden und wird so auf die Vorschlagsliste gesetzt, die an alle Einzelmitglieder geschickt wird, damit sie eine Auswahl treffen können. Diejenigen Kandidaten mit der Stimmenmehrheit sind dann Delegierte aller Einzelmitglieder, die diese beim LVT im März in Kirchheim/Teck vertreten werden.

## Familienfreundliche Politik im Eurodistrikt

**Zwei Länder, ein Thema: Familienfreundliche**

**Politik im Eurodistrikt Straßburg-Ortenau.**

*OFFENBURG. Die Geburtenrate ist in Frankreich mit 2,1 Kindern pro Frau deutlich höher als in Deutschland (1,3 Kinder). Warum das so ist, wollte das 1. Eurodistrikt-forum am Donnerstag Abend vor rund 30 Zuhörern im Foyer des Salmen klären.*

Das Podium war in jeder Hinsicht paritätisch besetzt: Zwei Männer, zwei Frauen, zwei aus Straßburg, zwei aus Baden-Württemberg, dazwischen Karen Denni, Soziologin an der Universität Straßburg, als Moderatorin. Uto R. Bonde vom Familienverband Baden-Württemberg macht die Politik und die Wirtschaft mit ihrer „strukturellen Rücksichtslosigkeit gegenüber Familien“ für die Misere hierzulande verantwortlich. Das betreffe nicht nur die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf zu sondern auch den Bereich der Pflege bedürftiger Angehöriger. Besonders der Wirtschaft warf Bonde vor, dass sie sich in ihrer Personalführung nicht auf den steigenden Wunsch

jedes Kind ab drei Jahren Anspruch auf einen Platz in der Vorschule, inklusive Mittagessen zu 3,50 Euro und Betreuung bis 18 Uhr. Die Betreuung kleinerer Kinder ist in Straßburg über Tagesmütter und Krippen gere-



gelt. Hier stehen 3300 Kindern rund 1000 Tagesmütter und 2000 Krippenplätze gegenüber. Ab der Schulzeit stellt die Stadt Straßburg 1000 Plätze für die Ferienbetreuung bereit, darüber hinaus engagieren sich Vereine auf diesem Feld. Ziel der französischen Politik sei es, die Frauen autonom zu machen,

**[www.dfv-baden-wuerttemberg.de](http://www.dfv-baden-wuerttemberg.de)**

junger Menschen einstelle, sich im Beruf und zugleich in der Familie verwirklichen zu wollen.

Jutta Rump, Betriebswirtin an der Fachhochschule Ludwigshafen, bestätigte, dass sich vor allem große Konzerne schwer tun mit Teilzeit und flexiblen Arbeitszeitregelungen, wie sie eine Familie nun einmal brauche. Speziell in kleinen Betrieben – oft in Familienbetrieben, im Handwerk – werde das jedoch bereits gelebt. Rump: „Angesichts des Fachkräftemangels wird die Wirtschaft sich umstellen müssen. Frauen werden im Beruf gebraucht.“

Dass der Wunsch nach Familie bei jungen Menschen an erster Stelle stehe, dann aber im Verlauf von zehn Jahren auf die sechste Stelle abrutsche, ist für Rump Indiz dafür, dass die Wahl laute: Kind oder Karriere! Auch sei Teilzeitarbeit aufgrund eines Kindes fast immer mit einem Karriereknick verbunden. Auch hierzu lieferte Rump Zahlen: 40 Prozent aller deutschen Akademikerinnen sind kinderlos, bei weiblichen Führungskräften in abhängigen Positionen liege die Quote gar bei 76 Prozent.

„Das hätte ich nicht gedacht. Diese Zahl erschreckt mich!“, gab Gabriel Willinger sichtlich betroffen zu. Willinger ist Leiter des Amtes für Familie und Frühe Kindheit der Kommune Straßburg. In Frankreich hat

so dass sie auch als Alleinerziehende ihr Leben ohne Sozialleistungen bestreiten können. Trotzdem sei die Entscheidung für Kinder und Beruf auch in Frankreich schwierig: „Ich habe in meiner Abteilung 300 Frauen, und ich weiß um ihre Doppelbelastung. Wenn das Kind krank ist, ist es auch bei uns immer die Frau, die daheim bleibt.“

Marcelle Treguer, Delegierte für Frauenrecht und Chancengleichheit bei der Präfektur Elsass, sieht auch in Frankreich Frauen beruflich benachteiligt. Zwar gebe es einen gesetzlichen Anspruch auf Freistellung von der Arbeit, falls das Kind krank ist. Aber viele Firmen stellten gerade deshalb nur ungern junge Frauen ein, die Entlohnung sei oft schlechter und die Mehrzahl der Frauen arbeiteten in nachgeordneten Tätigkeitsfeldern.

Offenburgs OB Edith Schreiner – sie eröffnete die Veranstaltung – sieht in der neuen Reihe die Chance, Themen zur Sprache zu bringen, die rechts und links des Rheins kontrovers diskutiert werden und so die gute Zusammenarbeit im Eurodistrikt zu intensivieren.

Aus: Badische Zeitung, 22.09.2007

## Lebensmittelpreise steigen ständig

**E**in bisschen erinnert die Situation beim Kauf von Lebensmitteln derzeit an die Euro-Einführung. Die Verbraucher registrierten höhere Preise und die Zentralbank wiegelte ab, obwohl sich die Preise etwa in Kinos und Restaurants sehr deutlich erhöht hatten. Erst später bestätigten dies auch Statistiker. Ganz unrecht hatten die Verbraucher also nicht, als sie bei der Umstellung auf die neue Währung „Preistreiber“ reklamierten, die „richtig Kasse“ machten.

Die Preise für Fleisch, Mais und Milch ziehen an. Das spüren Familien derzeit, doch die Europäische Zentralbank wiegelt ab, wie bei der Einführung des Euro.



**D**ie Situation auf dem Milchmarkt ist so dramatisch wie seit 40 Jahren nicht mehr und auch bei den Rohstoffen Weizen, Mais, Glukose und Kakao klettern die Preise in die Höhe.

Es ist ein weltweites Phänomen. Ob in Asien, Amerika oder Europa – überall verzeichnen die Statistiker Preissprünge ausgerechnet bei jenen Lebensmitteln, die für die Grundversorgung wichtig sind und deren Preise jahrelang sanken. Selbst in Deutschland, wo Landwirte traditionell über Preisverfall klagen, frohlockte der Bauernverbandspräsident unlängst, dass nun endlich die „Agrarwende“ begonnen habe.

Was die Bauern freut, bereitet verbrauchenden Familien zunehmend Sorgen: die Preise für viele Nahrungsmittel steigern sich zum Höhenflug.

Der Preissprung bei Brot und Milch hat für einkommensschwächere Haushalte sehr wohl gravierende Folgen; denn diese Familien müssen einen Großteil ihres Einkommens für Essen und Getränke ausgeben. Zwar können sich die Deutschen bislang nicht wirklich über ihre Lebensmittelpreise beschweren. Einkaufen ist hier so günstig wie in kaum einem anderen Industrieland. Nahrungsmittel und alkohol-

freie Getränke sind in Island beispielsweise 63 Prozent teurer als in Deutschland, in Norwegen beträgt der Unterschied 53 Prozent. Trotz des momentanen Preisanstiegs müssen die deutschen Verbraucher immer noch relativ wenig für Essen ausgeben.

### Der Alltagseinkauf wird teurer

Von ihren gesamten Konsumausgaben fließt nicht einmal ein Fünftel in Lebensmittel. Allerdings reagieren die Deutschen im Vergleich zu anderen Nationen auch besonders allergisch auf Preiserhöhungen. Die notorische Sparsamkeit der Deutschen trug lange Zeit dazu bei, dass der private Konsum, anders als etwa beim Nachbarn Frankreich, nicht richtig in Gang kam. Und jetzt, wo die Verbraucher endlich wieder die Lust am Einkaufen packt, könnte der Preisschock der Konsumlaune wieder einen Dämpfer verpassen.

**E**ntgehen können die Verbraucher dem Preisauftrieb kaum, sind es doch gerade die alltäglichen Dinge, die ihnen nun das Geld aus der Tasche ziehen. Sowohl Brötchen als auch eine Fahrkarte für die Straßenbahn kosten fünf Prozent mehr als im Vorjahr. Eine Tafel Schokolade ist heute um ein Fünftel teurer als noch 2001. Bei Strom und Gas mussten die Verbraucher allein im vergangenen Jahr um bis zu 15,6 Prozent höhere Preise verkraften. Zwar haben Tausende von Stromkunden den Anbieter gewechselt, und auch Gaskunden haben ihre Rechnungen gedrückt. Doch da die Preise branchenweit steigen, lohnt sich der Wechsel nicht immer.

Dazu kommt, dass sich die Nachfrage nach Lebens- und Futtermitteln bei dem derzeitigen Wachstum der Weltbevölkerung in den kommenden 25 Jahren verdoppeln wird. Die zunehmende Nachfrage wird die Preise wohl in Zukunft kräftig steigen lassen – und bestimmte Nahrungsmittel für manche Bevölkerungsgruppen unerschwinglich machen.

Besondere Brisanz bekommt diese Entwicklung durch den Boom bei den Biokraftstoffen. Überspitzt formuliert konkurrieren die Tankstelle und der Supermarkt um die gleichen Rohstoffe Mais und Raps.

Der höhere Bedarf an Ölsaaten für die Produktion von Ethanol und Biodiesel zieht auch die Preise für Futtermittel mit nach oben. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) warnte, dass Getreide und Milchprodukte in den kommenden zehn Jahren um bis zur Hälfte teurer werden als derzeit. Das spüren nun auch die Verbraucher in Deutschland.

## Familienpolitik

### Schavan für leichteren Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt

**B**undesbildungsministerin Annette Schavan will ausländischen Fachkräften den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erleichtern. Man müsse ganz klar machen, dass man an ausländischen Talenten ein sehr hohes Interesse habe, sagte sie der Süddeutschen Zeitung in Reaktion auf einen neuen Migrationsbericht der OECD. So müssten ausländische Hochschulabsolventen direkten Zugang erhalten.

Aus: dpa vom 26. Juni 2007

Dazu ein Zwischenruf:

**T**rotz all der politisch edlen Absichtserklärungen, den Zugang zu Arbeitsplätzen in Deutschland zu

erleichtern, verbergen sich hinter diesen „Steuerungsvorstellungen“ doch all die eklatanten falschen Einschätzungen der Vergangenheit, die letztlich nicht nachhaltig die Familien und ihre Kinder wirklich gerecht behandelt und gefördert haben.

Jetzt, wenn die Wirtschaft und Forschung Bedarf anmelden, soll „schnell mal“ eine Lösung des Menschentransfers aus dem Ausland gefunden werden – als wenn man/frau die DFV-Forderungen seit Jahrzehnten für eine weitsichtige und humane Perspektive der nachwachsenden Generation nicht vernommen hätte ( „Politiker hörte endlich die Signale...“ ).

**www.dfv-baden-wuerttemberg.de**

### Erzieher an die Unis

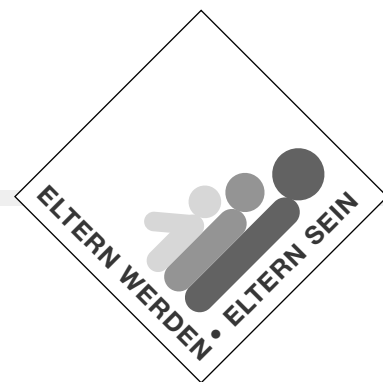
*Baden-Württemberg ist das Schlusslicht: Gerade ein Prozent aller ErzieherInnen an Kindertagesstätten sind akademisch gebildet. Das soll sich ändern. Nach dem Willen der CDU sollen sich die Pädagogischen Hochschulen für Erzieher/innen öffnen.*

**D**as Thema ist ein Politikum: Sollen Erzieherinnen und Erzieher an Kindertagesstätten einen Hochschulabschluss haben? Die Opposition bejahte diese Frage stets mit Verweis auf die Nachbarn in Europa, aber auch in anderen Bundesländer. Nur im Südwesten reichen Hauptschulabschluss (Kinderpflegerin) und mittlere Reife als Voraussetzung für die Ausbildung an einer Fachschule. Eine „Akademisierung“ lehnte die regierende CDU bislang kategorisch ab. Das könnte sich nun ändern.

**S**eit 2004 gilt für die Kindertagesstätten ein Orientierungsplan, um die intensivste Lernzeit im Leben eines Menschen besser zu nutzen. Die frühere Kultusministerin Annette Schavan setzte, assistiert von Hirnforschern wie dem Ulmer Professor Manfred Spitzer, auf frühkindliche Bildung. Bislang aber blieb dies ohne Folgen für die Ausbildungs- und Personalstruktur in den Kitas. Dabei gilt eine bessere Diagnosefähigkeit der Erzieher als wesentlich, um die Kinder früher fördern zu können.

Nun steht eine Änderung bevor. Die sechs Pädagogischen Hochschulen (PH) wollen sich öffnen

für den Quereinstieg von Erzieherinnen und Erzieher: Im Rahmen des „Masterplan 2012“ wurden die PHs gebeten, Studienplätze für frühkindliche Bildung einzurichten.



Seminare für werdende aber auch für gestandene Eltern. **Geburtsvorbereitung, PEKiP-Gruppen, Spielgruppen, musikalische Förderung, Erziehungsworkshops, etc.** – alles was Eltern wissen und können müssen.

Fordern Sie unser kostenloses Programm an!

**Eltern werden – Eltern sein e.V.**

Rennerstr. 4, 79106 Freiburg

Tel.: 0761 - 28 99 55

[www.elternwerden-elternsein.de](http://www.elternwerden-elternsein.de)

## Datenschutz

### Völlig durchleuchtet mit der Kunden- und Gesundheitskarte der Zukunft

*Datenschützer fürchten durch die sogenannte RFID-Technik und Datenvernetzung völlige Transparenz an der Supermarktkasse. Befürworter wollen mehr persönlichen Service.*

Es ist ein kleiner Chip, der Daten- und Verbraucherschützern Sorgen macht. Dieser Chip mit seiner Mini-Antenne könnte bald an jedem Joghurt-Becher und an jedem Stück Butter kleben und automatisch an der Supermarktkasse erfasst werden. Verbraucherschützer fürchten, dass mit der neuen Radio-Frequency-Identification-Technologie (RFID) der Damm zur völligen Durchleuchtung von Kunden brechen könnte.

Werde die Kundenkarte des Einkäufers ebenso wie die Ware mit einem RFID-Chip ausgestattet, könnten die Daten von Produkten und Kunden ganz leicht gekoppelt werden, ohne dass der Käufer etwas merkt, fürchtet Verbraucherschützer Roland Stuhr von der Verbraucherzentrale Bundesverband in Berlin. Denn RFID funktioniert über Radiowellen und ist berührungslos – ob der Kunde es nun will oder nicht, könnten seine Daten von der Karte selbst durch Hand- oder Hosentasche erfasst werden. Für Stuhr ist das ein Horrorszenerario, das spätestens in fünf Jahren Wirklichkeit sein werde.

Der Hamburger Trendforscher Peter Wippermann geht sogar noch weiter. Er hält es für denkbar, dass nicht nur persönliche Daten wie bisher auf der



Kundenkarte gespeichert werden könnten, sondern sogar eine Kopplung mit Gesundheitsdaten möglich sei. In Supermärkten mit „intelligenten“ Einkaufswagen, die sofort per RFID-Chip die Ware erfassen, könnte automatisch ein Warnhinweis auf dem Display erscheinen, wenn beispielsweise ein Diabetiker Schokolade einkaufen wolle.

Die Kundenkarte denkt und quengelt mit. „Es wird da Veränderungen auf vielen Ebenen geben“, kommentiert Wippermann. „Und die Bereitschaft des Einzelnen zur Freigabe seiner Daten steigt.“

Was den Datenschützern mehr als ein Dorn im Auge ist, müsse für die Kunden nicht unbedingt von Nachteil sein, meint der Trendforscher. Versuche hätten ergeben, dass vor allem ältere Menschen mit ihrer elektronischen Identifizierung im Supermarkt ganz zufrieden gewesen seien. „Der Kunde bekommt durch die Ausweitung der Funktionen ganz neue Infos über sein Verhalten“, sagt der Trendforscher. Und die Unternehmen erhielten die Möglichkeit, das Verhalten von einzelnen Einkäufergruppen zu erfassen, und wüssten besser, wo sie aktiv werden müssten.

### Metro: Kopplung von Kundenkarten mit Gesundheitsdaten geht zu weit

Bei der Metro Group, die in ihrem Future Store am Niederrhein Erfahrungen mit der RFID-Technologie gesammelt hat, werden die Bälle beim Thema Kundenkarten-Technologie allerdings derzeit sehr flach gehalten. „Nicht alles, was machbar ist, ist auch gut“, sagt Metro-Sprecher Albrecht von Truchseß. „Es gibt klare Regeln zum Datenschutz, und eine Kopplung von Kundenkarten mit Gesundheitsdaten geht zu weit.“ Kundenkarten mit integriertem RFID-Chip schließt er ohnehin aus. Die Zukunft der Kundenbindungsprogramme sieht von Truchseß auf einem ganz anderen Gebiet: „Der Trend wird ganz eindeutig hin zum Kundenclub gehen, den die Kunden als etwas Exklusives erleben.“

Zielgruppenorientiertes Vorgehen mit besonderen Einladungen und Angeboten sowie maßgeschneiderten Events hätten Zukunft. Es gehe darum, die Kunden besser kennenzulernen und individuell auf Bedürfnisse einzugehen. Dazu gehört auch der Einsatz von Technik: Das Sammeln von Daten zu den verschiedenen Kundengruppen genauso wie der im Future Store erstmals getestete elektronische Einkaufswagen, der dem Kunden bei Anfrage seine Lieblingsprodukte auflistet. Dies alles strikt auf freiwilliger Basis, wie von Truchseß betont.

Die Protestbewegung gegen die „Datensammler des 21. Jahrhunderts“, wie die ehemalige Verbraucherministerin Renate Künast (Grüne) die Unternehmen einmal genannt hat, sei schwach, meint Trendforscher Wippermann.

„Unser Verhältnis zu Persönlichkeitsrechten hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch verändert.“ Und dies passiere überall da, wo Konsumenten einen persönlichen Vorteil witterten.



## Die Volksbank rät

### Vorteile der Abgeltungssteuer

Viele Anleger reagieren sehr sensibel auf das Thema Steuern und machen sich zur Einführung der Abgeltungssteuer ab 2009 bereits heute Gedanken über ihre Geldanlagen. Bei Betrachtung aller Fakten können Anleger tatsächlich einiges tun, um ihr Vermögen auch unter steuerlichen Gesichtspunkten zu optimieren. Entscheidend ist, rechtzeitig zu handeln und mit einem langfristigen Anlagekonzept und geeigneten Geldanlagen Steuervorteile zu nutzen.

Mit der Einführung der Abgeltungssteuer zum 1. Januar 2009 ergeben sich grundlegende Änderungen im Bereich der Besteuerung von Kapitalerträgen für Privatanleger. Ab diesem Zeitpunkt sind grundsätzlich alle Einkünfte (Zinsen, Dividenden und Veräußerungsgewinne) aus Kapitalvermögen mit einem Steuersatz von 25 Prozent plus Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer zu versteuern. „Dies trägt dazu bei, die Steuergesetzgebung in Deutschland zu vereinfachen denn es gibt nur noch eine zusammen-



Vorstand der Volksbank Freiburg: Heinrich Vomstein

gefasste Einkunftsart“, weiß Heinrich Vomstein, Vorstand der Volksbank Freiburg, zu berichten.

### Die wichtigsten Steuerregeln im Detail

Grundsätzlich sind fast alle Kapitalanlagen und alle Anleger von der Abgeltungssteuer betroffen. Steuerfrei bleiben aber Einnahmen, die unterhalb des Sparerfreibetrages liegen. „Der jährliche Sparerpauschbetrag von 801 Euro bzw. für Verheiratete 1.602 Euro im Jahr bleibt bestehen“, informiert Vomstein. Darunter fallen künftig aber nicht nur Zins- und Dividendeneinnahmen, sondern auch realisierte Kursgewinne. Ebenso entfällt das Halb-



Schwarzwald Breisgau Kaiserstuhl

künfteverfahren für Dividenden, die künftig auch mit dem einheitlichen Abgeltungssteuersatz von 25 Prozent und nicht mit dem persönlichen Steuersatz besteuert werden. „Auch die einjährige Haltefrist, nach der Veräußerungs- oder Rückgabegewinne heute noch steuerfrei sind, fällt für Geldanlagen ab 2009 weg“, führt Vomstein aus und ergänzt: „Grundsätzlich können ab 2009 Verluste aus Wertpapiergeschäften mit Zinsen und Dividenden verrechnet werden. Eine Ausnahme bilden Verluste aus Direktanlagen in Aktien.“ Diese könnten nur mit Aktiengewinnen verrechnet werden.

### Vorteil Veranlagungsoption

Wichtig zu wissen ist: Auch nach 2009 können steuerpflichtige Anleger Steuerzahlungen bis zum Steuerpauschbetrag steuerfrei erhalten. Außerdem besteht weiterhin das Recht, sich zur Einkommensteuer veranlagung zu lassen – die sogenannte „Veranlagungsoption“. „Das macht vor allem Sinn, wenn Steuerzahler tatsächlich weniger als 25 Prozent Steuern auf das Kapitalvermögen zahlen, wie es bei geringen Einkommen, beispielsweise bei Rentnern, oft der Fall ist“, erläutert Vomstein. Diese Anleger könnten dann ihren unter 25 Prozent liegenden persönlichen Steuersatz statt der Abgeltungssteuer geltend machen – was günstiger für sie wäre.

Die Abgeltungssteuer kann sich sogar positiv für Anleger mit Zinserträgen und hohem Steuersatz auswirken. „Diese Anleger haben ihren Sparerfreibetrag meist bereits ausgeschöpft und ihre Zinserträge wurden bislang mit dem persönlichen hohen Steuersatz versteuert“, weiß Vomstein zu berichten. Da ab 2009 die Abgeltungssteuer einheitlich mit 25 Prozent als Quellensteuer und damit direkt vom jeweiligen Finanzinstitut an das Finanzamt abgeführt wird, zahlen diese Anleger somit weniger Steuern als bisher. Heinrich Vomstein rät Anlegern, sich schon jetzt beraten zu lassen, damit sie für die steuerlichen Änderungen ab 2009 gewappnet sein werden. „Unsere Finanzexperten haben sich mit dieser Thematik besonders beschäftigt“, so Vomstein, „es lohnt sich auf jeden Fall, jetzt schon ein unverbindliches Beratungsgespräch zu führen“.



## Medien im Wandel

### Podcast: Persönliches Radio-Programm

#### Podcasting für Einsteiger

*Der Begriff „Podcast“ ist in der Internet-Gemeinde gerade in aller Munde. Das Wort setzt sich zusammen aus iPod, dem Namen des weit verbreiteten Audioplayers von Apple und „broadcasting“ (engl.: Rundfunkübertragung).*

*Podcasting ist eine Art kostenfreies Abonnement-system für Audio-Dateien im Internet, die fortlaufend aktualisiert und automatisch auf Ihren Rechner oder MP3-Player geschickt werden.*

**R**adio aus dem oder im Internet gibt es schon jahrelang. Aber: Podcasting ist ein bisschen anders, denn einen Podcast kann jeder selber herstellen und jeder kann ihn auch jederzeit und überall hören: so lange er seinen kleinen MP3-Player bei sich hat.

#### Und wie kommt der Podcast zu mir?

Grundsätzlich sollte, wer einen Podcast später auf seinem MP3-Player hören will, einen möglichst schnellen Internet-Anschluss besitzen. Denn Audio-Dateien können schnell mehrere Megabyte groß sein. Wer nun ein interessantes Podcast gefunden hat, der teilt dessen Internet-Adresse einem speziellen Programm, dem sogenannten Podcatcher, mit.

Mit dieser Software können Sie sich automatisch Podcast-Dateien aus dem Internet herunterladen. Sie müssen sie nur abonnieren. Von diesem Zeitpunkt an lädt das Programm automatisch die Podcast-Sendungen, sobald sie veröffentlicht werden auf den Computer. Von dort aus können sie dann auf einen MP3-Player überspielt werden.

Ein Klick genügt, der Rest passiert im Hintergrund. Der Podcasting-Hörer hat somit immer die aktuelle Ausgabe seines Lieblingsprogramms zur Hand und kann es anhören, wann er will. Zwar haben große Rundfunkanstalten das Podcasting bereits als neuen Verbreitungsweg entdeckt. Im Großen und Ganzen ähnelt die Podcasting-Welt kurze Zeit nach ihrer „Geburt“ den Anfangstagen der Weblogs. Die meisten Produkte werden von Amateuren gestaltet. In diesem Angebot finden sich Perlen genauso wie Müll.

#### Warum Podcast?

Die Unabhängigkeit von Sendezeiten ist eines der Argumente für die Beliebtheit von Podcasts. Wenn Zeit dafür da ist, dann hört sich der Interessierte die

Sendung an. Das kann auf dem Weg zur Arbeit, beim Joggen oder im Liegestuhl sein.

Im Gegensatz zum Radio als Massen-Informations- und Unterhaltungsmedium ist Podcast eher ein Special-Interest-Medium, also: Auch für sehr begrenzte Interessengruppen gibt es Podcasts.

### Familienatlas 2007

**S**eit wenigen Tagen gibt es den bundesweiten Familienatlas 2007 des Bundesfamilienministeriums – eine durchaus spannende Lektüre.

Er zeigt u.a. mit farbigen Regionalkarten die Ergebnisse in den vier Handlungsfeldern Vereinbarkeit, Wohnortsituation und -umfeld, Bildung und Ausbildung sowie Freizeit und Kulturangebote. Ein Ranking (Bewertung in einer Reihenfolge) präsentiert die jeweilige familienpolitische Situation in den Regionen/Kreisen und beurteilt die Zukunftsfähigkeit auch Ihrer Region. Das „Musterland“ Baden-Württemberg erscheint trotz seiner Potenziale, insbesondere bei der Vereinbarkeit von Kindererziehung mit Erwerbstätigkeit eher auf bescheidenen Rängen.

Lesen Sie selbst unter:

[www.prognos.com/familienatlas/de](http://www.prognos.com/familienatlas/de)



**Sind Familien Ihre Zielgruppe?  
Dann wäre vielleicht eine  
Anzeige hier das Richtige!**

**Infos anfordern! Fon: 0761 - 470 27 95**

## Pressemeldungen

### DFV zum Weltkindertag 2007: „Mehr Zeit und Zuwendung sind Kinderrecht“

#### Ist Kinderlärm in Deutschland wirklich „Zukunftsmusik?“

(Freiburg) „Zeit und Zuwendung für Kinder“ lautet die Forderung des Deutschen Familienverbandes (DFV) zum Weltkindertag. „Nicht allein das Recht auf Nahrung, Kleidung, Obdach und körperliche Unversehrtheit schafft für Kinder grundlegende Entwicklungschancen, sondern das ureigene Recht auf elterliche Zuwendung und Entlastung der Eltern für ihre erzieherische Arbeit. Dieses Recht verpflichtet die Gemeinschaft zur nachhaltigen Förderung der Erziehungs- und Bildungspflicht dazu zählt auch eine Familienbildung, die es gilt ernst zu nehmen und auch gegen wirtschaftliche Interessen zu verteidigen. Die gesellschaftliche Herausforderung ist eine kontinuierliche Förderung von Kindern und Eltern, nur so kann die Zukunft human gestaltet werden“, so der Landesvorsitzende des DFV Baden-Württemberg, Uto R. Bonde.



Gerade im Zeitalter der Globalisierung und der allumfassenden Flexibilität und Mobilität droht den jungen Menschen, dass sie immer stärker ins Abseits geraten. Den Eltern droht eine gesellschaftliche wie finanzielle Außenseiterposition, obwohl sie mit ihrer Verantwortung für

ihre Kinder den Grundstein für die Gesellschaft von morgen gelegt haben.

Wenn die zeitlichen Zwänge der Arbeitswelt die Eltern bedingungslos vereinnahmen, müssen die Interessen der Kinder erbarmungslos „auf der Strecke“ bleiben, weil es an notwendiger Elternzeit und damit an Zuwendung mangelt. Wenn Eltern ohne ausreichendes Einkommen sind, droht den Kindern letztlich die Gefahr der Verarmung an Leib und Seele, wenn die Eltern für sie keine Zeit haben.

In einem Land ohne junge, gut ausgebildete und aufs Leben vorbereitete Menschen gibt es keine wirtschaftliche Zukunft. Und dafür brauchen Kinder Eltern, die sich Zeit nehmen können, sie in allen wichtigen Lebensphasen zu begleiten. Entscheidende Grundlagen für Bindungs- und Bildungsfähigkeit werden in der Familie gelegt: Sie entstehen in ausgeglichenen Lebensräumen mit menschlicher Zuneigung, Wärme, Liebe, Geborgenheit und Vertrauen.

Diese Werte brauchen Zeit, um sich zu entwickeln, denn sie wachsen nicht zwischen Tür und Angel. Politische Entscheidungen müssen sich daran messen lassen, ob sie Eltern – Müttern wie Vätern – mehr Freiraum für ihre Kinder geben. Deshalb ist der Weltkindertag Anlass für die kritische Frage, wie viel eine Gemeinschaft für ihre Grundlagen zu leisten bereit ist – nicht nur, aber auch in Euro und Cent.

## Pflichtfremdsprache

### Gericht stoppt Pflichtfranzösisch

(Freiburg) Der DFV Baden-Württemberg begrüßt die heutige Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg, die umstrittene Einführung von Französisch als erste Pflichtfremdsprache an Gymnasien in Baden vorerst auszusetzen.

Damit können auch Gymnasien in der „Rheinschiene“ bis zur Entscheidung über einen Normenkontrollantrag weiterhin Englisch als erste Fremdsprache anbieten.

Damit ist mehr als deutlich geworden, dass so weitreichende Entscheidungen wie die Sprachenfolge im Bildungsbereich in den parlamentarischen Raum gehören, wo die Eltern bei der politischen Entscheidungsfindung „beteiligt und gehört“ werden, stellt der DFV-Landesvorsitzende, Uto R. Bonde fest.

Eltern und Kinder müssen – trotz aller geforderter Flexibilität – auch ein hohes Maß an Verlässlichkeit einfordern dürfen, weil es im Bildungsbereich auch um Zukunftsentscheidungen in den Familien geht, die von längerer Wirkung für alle Betroffenen sind.

Wir sind für alle Familien sehr erleichtert und froh, weil auf absehbare Zeit eine gerichtliche Klarstellung erreicht wurde.



## Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles

### Baden-Württemberger haben die höchste Lebenserwartung in Deutschland

Ein neugeborenes Mädchen kann heute in Baden-Württemberg auf eine durchschnittliche Lebenserwartung von rund 83 Jahren hoffen, ein neugeborener Junge auf etwa 78 Jahre. Dies geht aus den jüngsten Sterbetafelberechnungen des Statistischen Landesamtes (StLA) für den Zeitraum 2004/06 hervor. Damit liegt die Lebenserwartung Neugeborener bei den Jungen um 9,5 Jahre höher als Anfang der 70er-Jahre, bei den Mädchen um 8,5 Jahre. Seinerzeit betrug die durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt 68,5 Jahre für Jungen und 74,5 Jahre für Mädchen. Seit Bestehen des Landes hat sich die Lebenserwartung seiner Einwohner sogar um rund 13 Jahre bei den Männern und um gut 14 Jahre bei den Frauen erhöht.

Ein Grund besteht in der deutlich verringerten Säuglingssterblichkeit. Aber auch im höheren Alter hat die Sterblichkeit beträchtlich abgenommen. Nach aktuellem Stand können 75-jährige Männer eine weitere Lebensdauer von durchschnittlich nahezu 11 Jahren erwarten (1970/72 etwa sieben Jahre) und gleichaltrige Frauen von fast 13 Jahren (1970/72 etwas mehr als acht Jahre).

Mit Blick auf das Rentenalter können nach den heutigen Sterblichkeitsverhältnissen etwa 40 Prozent der 65-jährigen Männer das 85. Lebensjahr erreichen; bei den 65-jährigen Frauen trifft dies sogar auf knapp 58 Prozent zu. Somit hat sich innerhalb von drei Jahrzehnten der Anteil derer, die nach Erreichen des gesetzlichen Rentenalters die Aussicht auf mindestens weitere 20 Lebensjahre haben, mehr als verdoppelt.

### Bundesweiter Vergleich

Im bundesweiten Vergleich weist Baden-Württemberg seit Beginn der 70er-Jahre regelmäßig die höchste Lebenserwartung Neugeborener auf. Im Zeitraum 2003/05 lag die Lebenserwartung neugeborener Mädchen in Deutschland bei 81,8 Jahren, die der Jungen bei 76,2 Jahren. Somit haben baden-württembergische Mädchen bei der Geburt die Aussicht auf eine um knapp 11 Monate höhere Lebenserwartung als der Bundesdurchschnitt, bei den Knaben sind es sogar fast 17 Monate mehr.

### Einwohnerzahl in Baden-Württemberg steigt 2006 – Zahl der Ausländer sinkt

Zum Jahresende 2006 lebten in Baden-Württemberg annähernd 10.739.000 Menschen. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes fiel der Zuwachs damit merklich niedriger aus als in den Jahren zuvor.

Ursächlich für die Verlangsamung des Bevölkerungswachstums war der Rückgang der Wanderungsgewinne. Im Jahr 2006 zogen lediglich knapp 4.000 Personen mehr nach Baden-Württemberg als von hier abwanderten, 2001 waren es noch 69.000 Personen. Ein weiterer Grund für das geringe Bevölkerungswachstum ist der Saldo aus Geburten und Sterbefällen.

Der Anstieg der Einwohnerzahl des Landes resultierte 2006 vollständig aus dem Zuwachs der deutschen Bevölkerung von knapp 10.000 Personen. Zum Jahresende 2006 lebten damit knapp 9.468.000 Deutsche in Baden-Württemberg. Die Zahl der ausländischen Staatsbürger lag mit etwas mehr als 1.271.000 um fast 6.800 niedriger als zu Beginn des vergangenen Jahres. Sie ist infolge der Einbürgerungen seit einigen Jahren rückläufig. Der Bevölkerungsanteil der Ausländer verringerte sich daher auf ungefähr 11,8 Prozent. Der Zuwachs bei der deutschen Bevölkerung ist auf die Einbürgerungen von Ausländern (etwa 16.000) zurückzuführen. Seit 1996 hat sich die Zahl der Ausländer damit von etwa 1.370.000 um knapp 100.000 Personen vermindert.

Im Bundesländervergleich gehörte Baden-Württemberg 2006 zu den sechs Ländern, die einen Bevölkerungszuwachs aufwiesen, während in den übrigen zehn Ländern die Einwohnerzahlen zurückgingen. Die ostdeutschen Länder mussten erneut besonders hohe Einwohnerverluste hinnehmen – vor allem Sachsen-Anhalt (- 27.929), Sachsen (- 23.980) und Thüringen (- 23.435). Die größte Abnahme der Bevölkerungszahl verzeichnet Nordrhein-Westfalen mit einem Minus von fast 29.400 Personen.

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2007.  
Im Internet: [www.statistik-bw.de](http://www.statistik-bw.de)

## Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles

### Ministerin Stolz zur Pflege in Altenheimen

Den jüngsten Bericht des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK), nach dem jeder dritte Altenheimbewohner in Deutschland schlecht versorgt ist, will Sozialministerin Stolz für Baden-Württemberg so nicht stehen lassen. „Das sind Bundeszahlen“, betont sie. Die Kräfte in den Heimen leisteten zum großen Teil „hervorragende Arbeit“. Es sei aber wichtig, dass die Aufsicht stimme, ebenso die Qualitätssicherung.

In Baden-Württemberg liegt die Heimaufsicht bei den Landkreisen, der MDK prüft hier lediglich in Einzelfällen. Bei 23 geprüften Fällen habe es 2006 neun schwere Missstände gegeben, informiert sie. Derzeit werde im Land an einem neuen Heimgesetz gearbeitet. Stolz will, dass künftig grundsätzlich unangekündigt kontrolliert wird und Qualitätsberichte öffentlich gemacht werden. „Das ist auch ein Thema des Verbraucherschutzes.“ Auch die Einführung eines Beschwerdemanagements schwebt ihr vor.

### Es werden noch weniger Kinder geboren

Allen Debatten über eine familienfreundlichere Politik zum Trotz werden in Deutschland immer weniger Kinder geboren. Im vergangenen Jahr kamen bundesweit 672.700 Mädchen und Jungen zur Welt, teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit. Dies waren 13.100 weniger als im Jahr zuvor. Im Durchschnitt bekommt damit jede Frau in Deutschland 1,33 Kinder. 2005 waren es durchschnittlich noch 1,34 Kinder, 2004 noch 1,36 Kinder. Im Vergleich zu anderen Industrieländern liegt Deutschland damit deutlich zurück. Familienministerin von der Leyen äußerte sich jedoch zuversichtlich, dass die Geburtenrate nicht noch weiter sinken wird. Das Durchschnittsalter der Mütter bei der Geburt liegt im Westen bei 30,3 Jahren, im Osten bei 28,6 Jahren.

Quelle: dpa, 11.09.2007

## www.dfv-baden-wuerttemberg.de

### Rund 111.000 Kinder wurden eingeschult

#### Mehr Rückstellungen und weniger früh eingeschulte seit der Erweiterung der Schulpflicht

Etwa 111.000 Kinder feierten ihren ersten Schultag: Davon ca. 105.000 an einer Grundschule, 4.000 an einer Sonderschule und 2.000 an einer Freien Waldorfschule. Mit dem Schuljahr 2007/08 tritt die



dritte und letzte Stufe des flexibleren Stichtags in Kraft. Schulpflichtig wurde im Jahr 2007 schließlich, wer bis zum 30. September 2007 das sechste Lebens-

jahr vollendet hatte. Laut Schulstatistik 2006/07 wurden im vergangenen September 107.842 Kinder eingeschult, 55.294 Jungen und 52.548 Mädchen. Dies waren fast 2.500 (2 Prozent) weniger als im Vorjahr.

Offenbar herrschte bei den Eltern der Kinder, die im Juli/August des Einschulungsjahres sechs Jahre alt geworden waren, eine gewisse Unsicherheit, ob ihre Kinder bereits schulreif sind. Wie in früheren Jahren auch, wurden Jungen deutlich häufiger zurückgestellt als Mädchen.

Auch der Anteil der früh eingeschulten Kinder ist seit der Erweiterung der Schulpflicht rückläufig. Andererseits ist der Anteil der Kinder, die spät eingeschult wurden, im Jahr 2006 auf 6 Prozent gestiegen. 2005 lag er noch bei 5 Prozent.

Mädchen wurden weiterhin häufiger früh und seltener spät eingeschult als Jungen. So wurden im Jahr 2006 von den Jungen 4,6 Prozent früh eingeschult, von den Mädchen 7,2 Prozent. Spät eingeschult dagegen wurden 8,1 Prozent der männlichen Schulanfänger, aber nur 4,5 Prozent der weiblichen.

Stuttgart, 3. September 2007 – Nr. 280 STALA



## Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles

### Verbraucherschutz

#### Justiz empfiehlt: Vorsicht bei Internet-Verträgen

*(dpa) Justizbehörden haben Verbraucher zu mehr Vorsicht bei Vertragsabschlüssen im Internet aufgerufen. „Man muss im Internet genauso Vorsicht walten lassen wie bei schriftlichen Verträgen oder bei Geschäften an der Haustür“, sagte eine Sprecherin der Frankfurter Staatsanwaltschaft.*

**A**nlass waren über 4500 Verfahren gegen einen hessischen Internetanbieter, die allesamt eingestellt worden sind. Betrug der Internet-Nutzer sei nicht nachweisbar, betonte die Anklagebehörde. Die Internet-Nutzer hatten auf verschiedenen Seiten der Firma mit der Eingabe ihrer Personalien und dem Anklicken bestimmter Kästchen Abonnements abgeschlossen - nach Einschätzung der Staatsanwälte freiwillig. Im Angebot waren unter anderem die Zusendung von Gedichten, der Zugriff auf schulische Hausarbeiten sowie Lexika, Routenplaner oder Informationen zur Lehrstellensuche. Das Unternehmen hat laut Justiz für seine Dienste regelmäßig Rechnungen über 84 Euro und Mahnungen über 123 Euro verschickt.

Die Ermittler hatten sich auf die rund 1500 Fälle konzentriert, in denen die Anzeige-Erstatter behaupteten, nie auf den fraglichen Seiten gewesen zu sein. Die Auswertung der Internetprotokolle habe aber regelmäßig das Gegenteil ergeben. Die Verbraucher seien auf den Seiten explizit über ihre Zahlungspflichten aufgeklärt worden und hätten ihre Personalien freiwillig eingegeben, teilte die Justizbehörde mit. Offenbar hätten viele nicht verstanden, dass sie damit einen Vertrag abgeschlossen hätten. Die Firma bediene sich vielleicht nicht der feinsten Geschäftspraktiken, strafbar habe sie sich aber nicht gemacht.

Verbraucherberatung Baden-Württemberg erreichbar unter: [www.vz-bw.de](http://www.vz-bw.de) oder 0711 / 66 91 10.

### KFZ-Haftpflicht

#### Gebrauchtwagenkäufer zahlen drauf

*Ab 2008 entscheidet auch das Alter eines Fahrzeugs über die Versicherungsprämie. Vor allem die Käufer*

*alter Gebrauchtwagen müssen in Zukunft tiefer in die Tasche greifen.*

**F**ür viele alte Pkw dürfte die Police teurer werden. Für rund 70 Prozent der Kfz-Halter wirkt sich die Neueingruppierung im kommenden Jahr aus, wie die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg mitteilte. Neben den bisherigen allgemeinen Merkmalen bei der Einstufung der Police käme unter anderem ein neues Kriterium hinzu: das Fahrzeugalter zum Zeitpunkt des Kaufs.

#### Viele Fahranfänger betroffen

**W**ährend bislang nur einige Versicherer das Fahrzeugalter abgefragt hätten und in ihre Tarife einfließen ließen, würden dies im kommenden Jahr alle Anbieter tun, so die Verbraucherschützer. Das werde ab 2008 direkt in der Zuordnung der Kfz-Typklasse berücksichtigt und zu Aufschlägen bei den Policen führen. Hintergrund der Anpassung sei, dass vor allem Fahranfänger mit ihrer höheren Unfallquote ältere Fahrzeuge nutzten. Das höhere Risiko wollten die Versicherer auf die Kfz-Halter umlegen.

Die Verbraucherberatung Baden-Württemberg rief alle Versicherten auf, ihre Policen zu prüfen und gegebenenfalls den Anbieter zu wechseln.

### Gemeinde Schuttertal

#### Familienbonus bei Bauplatzkauf

**D**er Gemeinderat hat in der öffentlichen Sitzung vom 18.09.2007 einstimmig die Gewährung eines Familienbonus beim Erwerb eines gemeindeeigenen Bauplatzes beschlossen.

Bei Bauplatzkäufen ab 01. Oktober 2007 wird für jedes zum Zeitpunkt des Erwerbs minderjährige Kind des Käufers ein Nachlass des Kaufpreises in Höhe von 2 Euro je m<sup>2</sup> gewährt. Maßgebend ist der Zeitpunkt des Vertragsabschlusses. Diese Regelung gilt sowohl für einheimische als auch für externe Bauplatzinteressenten.

Weitere Infos unter: [www.schuttertal.de](http://www.schuttertal.de)

## Nachrichten und Termine im DFV Ba-Wü

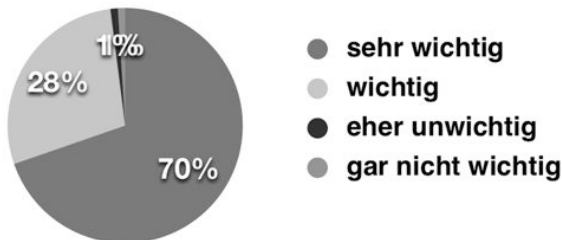
### KV EMMENDINGEN

#### Aus einer Umfrage des KV-Emmendingen

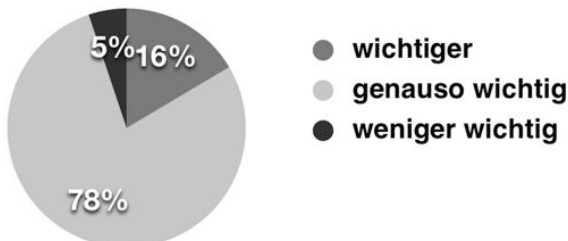
Lange bevor sich die große Politik ernsthaft familienpolitischer Probleme angenommen hat, haben unsere Mitgliedsfamilien im Jahr 2001 zu Erziehungsfragen und die Rolle der Familie Stellung genommen.

Manfred Thumm

Die Wichtigkeit der Vermittlung von sozialem Verhalten



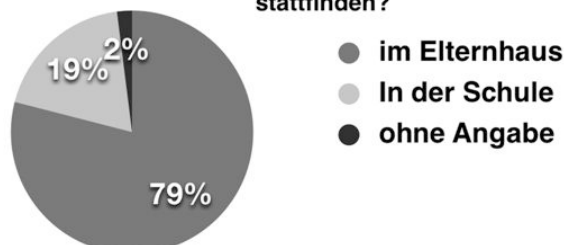
Die Wichtigkeit von Sozialkompetenz im Vergleich zur Wissensvermittlung



Wo soll Erziehung im Kindergartenalter vorrangig stattfinden?



Wo soll Erziehung im Schulalter vorrangig stattfinden?



### OV FREIAMT

#### Lese- und Spieletag

Die gläserne Bücherei im Kurhaus Freiamt und der Familienverband Ortsverband Freiamt laden am 18. November in der Zeit von 14:00 bis 18:00 Uhr zu einem Lese- und Spieletag mit Büchereiflohmarkt ein. Für Bewirtung ist gesorgt.

#### Weihnachtsfeier

Zu unserer Weihnachtsfeier am 9. Dezember (2. Advent) um 14:30 Uhr im Sängenheim, sind alle Mitgliedsfamilien und deren Freunde recht herzlich eingeladen. Wie in all den vergangenen Jahren, können sich Kinder am weihnachtlichen Programm beteiligen. Anmeldung bei Heidi Reinbold unter Tel. 07645/1444. Wir bitten um Kuchenspenden. Bitte Kaffegedeck mitbringen.

Peter Köstel

### KV BREISGAU

#### GEMINI-Treffen von Mehrlingseltern

Jeden 1. Donnerstag im Monat, 20 - 22 Uhr, 79098 Freiburg, Geschäftsstelle der AGF/DFV, Schloßbergstr. 8a

#### Familientreff „Leben mit Kindern“

Jeden 3. Donnerstag im Monat, 16 - 17.30 Uhr, 79206 Breisach-Hochstetten, Verenenkapelle

### Impressum

Die FAMILIENNACHRICHTEN erscheinen dreimal im Jahr und sind im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Herausgeber:** Deutscher Familienverband Landesverband Baden-Württemberg e.V., St. Georgener Str. 10, 79111 Freiburg, Tel. 0761/470 27 95, Fax 151 78 30, familienverband@dfv-baden-wuerttemberg.de www.dfv-baden-wuerttemberg.de

**Redaktion:** Uto R. Bonde

**Bankverbindung:** Volksbank Freiburg, BLZ 680 900 00, Kto 15 967 609. Der DFV ist als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

**Produktion:** Die MarketingMacher, Freiburg (Satz & Layout), Franz Weis GmbH, Freiburg (Druck).

Die nächsten FAMILIENNACHRICHTEN erscheinen am 1. Februar 2008.

Redaktionsschluss ist am 15. Januar 2008.

## Kreis- und Ortsverbände des Deutschen Familienverbandes Baden-Württemberg e.V.

### KV Böblingen e.V.

Vorsitzender: Gunter Reimann  
71277 Rutesheim, Hegelstr. 22  
Tel. 07152 - 5 37 39  
Gunter.Reimann@t-online.de

### KV Breisgau e.V.

Vorsitzender: Martin Sarcoli  
79111 Freiburg, Heckerstr. 29  
Tel. 0761 - 888 97 07 (AB)  
info@dfv-breisgau.de

### KV Emmendingen e.V.

Vorsitzender: Peter Köstel  
79348 Freiamt, Lärchenweg 7/1  
Tel. 07645 - 18 18, Fax 07645 - 91 63 54  
kreisverband@dfv-kreis-emmendingen.de

### KV Esslingen e.V.

Vorsitzender: Vera Morlok-Gommel  
73274 Notzingen, Neuffenstr. 14  
Tel. 07021 - 4 75 25  
mo-gommel@t-online.de

### OV Freiamt e.V.

Vorsitzende: Heidi Reinbold  
79348 Freiamt, Unterer Schutzhof 7  
Tel. 07645 - 14 44, Fax 07645 - 14 45  
freiamt@dfv-kreis-emmendingen.de

### OV Herbolzheim e.V.

Vorsitzender: Thomas Ruddies  
79367 Weisweil, Friedhofstr. 23  
Tel. 07646 - 31 30 71  
herbolzheim@dfv-kreis-emmendingen.de

### KV Konstanz e.V.

Vorsitzender: Herbert Bruttel  
78315 Radolfzell, Scheffelstr. 18  
Tel. 07732 - 70 31, Fax 07732 - 1 31 81  
Herbert.Bruttel@t-online.de

### OV Konstanz e.V.

Vorsitzende: Sabine Geistler  
78462 Konstanz, Inselgasse 9  
Tel. 07531 - 18 94 76, Fax 07531 - 18 94 76  
Sabine.Geistler@D-Angelo.de

### OV Radolfzell e.V.

Vorsitzender: Herbert Bruttel  
78315 Radolfzell, Scheffelstr. 18  
Tel. 07732 - 70 31, Fax 07732 - 1 31 81  
Herbert.Bruttel@t-online.de

### RV Rhein-Neckar-Odenwald e.V.

Vorsitzende: Silke Wanitschke  
74939 Zuzenhausen, Leiergasse 6  
Tel. 06226 - 99 17 26  
Mue\_ke@t-online.de

### Friedrichshafen

Kontaktadresse: Regina Berner-Kerst  
88677 Markdorf, Bergheimerstr. 28  
Tel. 07544 - 74 34 30, Fax 07544 - 74 34 80

### Raum Stuttgart - Neckar

Kontaktperson: Martha Kaiser  
73235 Weilheim a.d. Teck,  
Karl-Scheufelen-Str. 19  
Tel. 07023 - 7 12 20  
gkaiser@ngi.de

### DFV Landesverband e.V.

Vorsitzender: Uto R. Bonde  
79111 Freiburg, St. Georgener Str. 10  
Tel. 0761 - 470 27 95, Fax 0761 - 151 78 30  
post@dfv-baden-wuerttemberg.de  
www.dfv-baden-wuerttemberg.de

### DFV Bundesverband e.V.

10117 Berlin, Luisenstr. 48  
Tel. 030 - 30 88 29 60, Fax 030 - 30 88 29 61  
zentrale@deutscher-familienverband.de  
www.deutscher-familienverband.de

## Aufnahmeantrag

Wir werden Mitglied im Deutschen Familienverband e.V. (DFV)



Deutscher  
Familien-  
Verband

Landesverband Baden-Württemberg e.V.

Vorname	Name	Geb.-Datum	Beruf
Vorname Partner/in	Name	Geb.-Datum	Beruf
Kinder (Geburtsjahr)			
Straße	Plz	Ort	
Telefon	Fax	Email	

Der jährliche Familienmitgliedsbetrag von \_\_\_\_\_ Euro (z.Zt. mind. 48,- Euro) beinhaltet die kostenfreie Zusendung der Mitgliederzeitschriften (FAMILIENNACHRICHTEN und DFV-Familie) und wird zum Jahresanfang per Lastschrift eingezogen. Hierfür erteile ich folgende Lastschrifteinzugsermächtigung:

Kontoinhaber	Kontonummer	Geldinstitut	BLZ
Datum	Unterschrift		